

Manfred Wilke

## Die „zweite Staatsgründung“ der DDR 1953



*Prof. Dr. Manfred Wilke, geb. 1941 in Kassel, Studium der Soziologie an der FU Berlin, lehrt seit 1985 Soziologie an der Fachhochschule für Wirtschaft, Berlin. Er ist u.a. Mitbegründer und einer der Leiter des Forschungsverbundes SED-Staat, ist Mitglied im Beirat für die Behörde der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Mitglied im Beirat der „Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR“ im Bundesarchiv und vom Bundestag bestelltes Mitglied im Stiftungsrat der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.*

Ein wenig beachtetes Problem der deutschen Teilungsgeschichte besteht darin, dass die politischen Zäsuren der Bundesrepublik und der DDR nicht identisch sind. Die Diskontinuität der Ereignisse in beiden Staaten erschwert noch immer eine gesamtdeutsche Perspektive außerordentlich, da bei der weiterhin geteilten Erinnerung der Erlebnissgeneration entweder die Chronologie West oder Ost dominiert, was natürlich besonders für den 17. Juni und seine Folgen im Osten und im Westen gilt.

### Die These von der „zweiten Staatsgründung“ nach dem 17. Juni

Armin Mitter hat im Rahmen einer umfangreichen Untersuchung über den 17. Juni 1953<sup>1</sup> die These formuliert, dass nach der gescheiterten Revolution, seitens der SED „einschneidende Veränderungen“ vorgenommen wurden, „die eine „innere Staatsgründung“ bewirkten.“<sup>2</sup> Im Kern bedeutete dies, dass die Sowjetunion der SED-Führung mehr Verantwortung für die „Aufrechterhaltung der kommunistischen Herrschaft in einem Teil Deutschlands“<sup>3</sup> zubilligte, ohne dass dies eine grundsätzliche Veränderung im „Unterstellungsverhältnis“<sup>4</sup> bedeutete. Auch danach konnte die SED keine Entscheidungen in der Innen- und Außenpolitik ohne Zustimmung der sowjetischen Führung treffen. Angesichts der Vielzahl von Änderungen in der Herrschaftsordnung in der DDR, die nach diesen Tagen im Juni erfolgten, angefangen von einer Kaderüberprüfung in der SED, der differenzierten Neuordnung des Staat-Kirche-Verhältnisses bis zum Aufbau der paramilitärischen „Kampfgruppen der Arbei-

1 Ilko-Sascha Kowalczyk/Armin Mitter/Stefan Wolle (Hrsg.), Der Tag X - 17. Juni 1953. Die „Innere Staatsgründung“ der DDR als Ergebnis der Krise 1952/54, Berlin 1995 (2. Aufl. 1996).

2 Mitter, Tag X, S. 27.

3 Mitter, Tag X.

4 Mitter, Tag X.

terklasse“, ist dies eine plausible historische Verortung dieser Krisenbewältigung der SED in der Geschichte der DDR. Aber die These ist unvollendet und DDR-zentriert. Es fehlt ihr die Verortung in die deutsche Teilungsgeschichte. 1952/53 waren die beiden deutschen Staaten noch nicht souverän, und die oberste Regierungsgewalt lag noch bei den Hohen Kommissaren der vier Siegermächte. Ihren politischen Stellenwert als Hüter der originären Siegerrechte in Deutschland hatte die Sowjetunion in der DDR am 17. Juni nachdrücklich mit dem Militäreinsatz und dem damit verbundenen Ausnahmezustand demonstriert. Hinsichtlich der Souveränität der beiden Teilstaaten fiel eine doppelte Richtungsentscheidung für die Bundesrepublik und die DDR bereits 1952, die mit Blick auf die DDR nach dem 17. Juni seitens der Sowjetunion bekräftigt wurde.

### **1952: Deutschlandvertrag und Aufbau der Grundlagen des Sozialismus**

Bundeskanzler Konrad Adenauer setzte mit dem Abschluss des Deutschlandvertrages Ende Mai 1952 die Westintegration der Bundesrepublik und damit die „kontrollierte Partnerschaft mit den bisherigen Besatzungsmächten“<sup>5</sup> durch. Der Versuch der sowjetischen Führung, 1952 mit dem Angebot an die Westmächte einen Friedensvertrag mit Deutschland abzuschließen, um diese Westbindung der Bundesrepublik zu verhindern, scheiterte. In dem sowjetischen Vertragsangebot hieß es wörtlich: „Es versteht sich, dass ein solcher Friedensvertrag unter unmittelbarer Beteiligung Deutschlands, vertreten durch eine gesamtdeutsche Regierung, ausgearbeitet werden muss.“<sup>6</sup> Die Bedingung für das Einverständnis der Sowjetunion zu freien Wahlen war die Neutralisierung Deutschlands. Die Westmächte lehnten dieses Angebot ab.<sup>7</sup>

Die Antwort der DDR auf den westlichen Deutschlandvertrag gab der Generalsekretär der SED, Walter Ulbricht, auf der II. Parteikonferenz seiner Partei im Juli 1952. Er verkündete den überraschten Delegierten und der Öffentlichkeit, dass man nun in der DDR dazu übergehe, die Grundlagen des Sozialismus aufzubauen, ohne auf die Entwicklung in Westdeutschland Rücksicht zu nehmen.

Der Abschluss des Deutschlandvertrages und Ulbrichts Antwort vertieften die Spaltung. Beide Entscheidungen zeigten, dass für den Bundeskanzler und den Generalsekretär die Befestigung der eigenen provisorischen Staatsgründungen im Vordergrund ihrer Realpolitik standen.

Teilsouveränität erlangten beide Staaten im gemeinsamen Gegeneinander. Aber die jeweils unterschiedliche Entwicklung einer deutschen Zukunft in gegensätzlichen Staats- und Gesellschaftsordnungen behielt ihre Ambivalenz. Beide Seiten gaben ihren Anspruch, als Kernstaaten für ein künftig einheitliches Deutschland zu handeln, nicht auf, zumal alle vier Mächte auf ihrer Gesamtverantwortung für Deutschland als Ganzes beharrten. Beide Staatsführungen mussten somit eine Interessenidentität zwischen ihren deutschlandpolitischen Grundsatzzielen und denen der jeweiligen Besatzungsmächte sichern. Das galt ebenfalls für die SED-Führung, denn auch der Sowjetunion ging es „immer um ganz Deutschland:

---

5 Rudolf Morsey, Die Deutschlandpolitik Adenauers, Opladen 1991, S. 25.

6 Deutsches Institut für Zeitgeschichte (Hrsg.), Dokumente zur Deutschlandpolitik der Sowjetunion, Bd. I, Berlin (Ost) 1957, S. 289.

7 Vgl. hierzu: Gerhard Wettig, Bereitschaft zur Einheit in Freiheit? Die sowjetische Deutschlandpolitik 1945-1955, München 1999.

Das galt im Hinblick auf die Reparationen und die Kontrolle der Ruhr genauso wie im Hinblick auf die Sicherheit vor diesem Land.“<sup>8</sup>

Adenauer handelte als Kanzler einer frei gewählten Regierung, als er den Deutschlandvertrag paraphierte. Eine solche Legitimation besaß die SED-Führung nicht. Ihre Chance zu mehr Eigenständigkeit gegenüber der sowjetischen Vormacht kam erst nach der Ablehnung des sowjetischen Deutschlandplans durch die Westalliierten. Die SED-Führung bekam ihre Chance, eine Interessenidentität zwischen der Herrschaft der Kommunisten über einen deutschen Teilstaat und der Sowjetunion herzustellen, die so lange nicht bestand, als die vier Mächte noch über die Lösung des Deutschlandsproblems verhandelten. Bis 1952 waren Ulbricht, Wilhelm Pieck, Anton Ackermann und all die anderen Moskauer Kader der Sache nach noch immer Beauftragte der sowjetischen Besatzungsmacht. Sie führten in ihrem eigenen Verständnis einen Staat auf Widerruf.

Aber seit 1945 bestand trotzdem ein Widerspruch in der Interessenlage zwischen Ulbricht und Josef W. Stalin. In der Praxis der SBZ setzte die Besatzungsmacht in Konflikten entschieden und kompromisslos den kommunistischen Führungsanspruch durch. In den alliierten Verhandlungen dagegen vertrat sie stets die Option der deutschen Einheit, die sich 1952 zerschlug. Gegenüber der optionalen Politik der Sowjetunion in der Deutschlandfrage besaß die KPD/SED aber recht bald nur eine realistische Alternative: „Die Durchsetzung ihrer kommunistischen Ziele - wenn schon nicht in ganz Deutschland, so doch zumindest in der SBZ.“<sup>9</sup>

Die Interessenidentität zwischen der sowjetischen Deutschlandpolitik und der der SED wurde in dem Beschluss der II. Parteikonferenz hergestellt, in dem die SED sich zum Kampf für einen „Friedensvertrag“ verpflichtete, der Deutschland in den Ostblock führen würde: „In Deutschland ist die zentrale Frage der Kampf um einen Friedensvertrag und um die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands. Durch das Wiedererstehen des deutschen Militarismus und Imperialismus mit Hilfe der amerikanischen, britischen und französischen Okkupationsmächte, durch den Abschluss des Separatpakt (gemeint ist der Deutschlandvertrag, M.W.) ist der Frieden bedroht und die deutsche Nation in Gefahr.“<sup>10</sup> Dieser Beschluss verband somit das künftige mit dem realpolitischen Ziel: des eigenständigen SED-Staates, begründet mit der Schuldzuweisung an den Westen für die Spaltung Deutschlands. Die Zustimmung zum Aufbau eines sozialistischen Kernstaates erteilte Moskau. Am 8. Juli 1952 stimmte das Zentralkomitee der KPdSU dem Kurs auf den beschleunigten Aufbau des Sozialismus in der DDR zu.<sup>11</sup> Die „Bestätigung“ der Absicht der SED fiel der Moskauer Führung umso leichter, als die Westmächte Stalins Deutschlandplan abgelehnt hatten.

Wilfried Loth hat die bruchstückhafte Überlieferung von Stalins Reaktion gegenüber der SED auf das Scheitern seiner deutschlandpolitischen Offensive 1952 zusammengefasst. Die westliche Antwortnote kam am 25. März, am 1. April fand im Kreml ein Treffen zwischen Pieck und Stalin statt. Pieck teilte Stalin mit, der SPD-Vorstand werde den SED-Vorschlag zur Bildung einer „Aktionseinheit für den Friedensvertrag“ zwischen beiden Parteien wahrscheinlich ablehnen und der Westintegration der Bundesrepublik zustimmen. In der Abschlussbesprechung am 7. April notiert Pieck Stalins Bewertung der westlichen Antwortnote

---

8 Rolf Steininger, *Deutsche Geschichte 1945 bis zur Gegenwart*, 4 Bde., Frankfurt/M. 2002, Bd. 2, S. 321.

9 Mike Schmeitzner/Stefan Donth, *Die Partei der Diktaturdurchsetzung KPD/SED in Sachsen 1945-1952*, Köln/Weimar/Wien 2002, S. 531.

10 Zur gegenwärtigen Lage und zu den Aufgaben im Kampf für Frieden, Einheit, Demokratie und Sozialismus, in: ZK der SED (Hrsg.), *Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands*, Bd. IV, Berlin (Ost) 1954, S. 76.

11 Vgl. Andreas Malycha, *Die SED. Geschichte ihrer Stalinisierung 1946-1953*, Paderborn/München/Wien/Zürich 2000, S. 461.

mit den Worten, „bisher alle Vorschläge abgelehnt“ ... und weiter: „keine Kompromisse/(...) Atlantikpakt - selbständiger Staat im Westen.“ Stalin widersprach nicht der Linie der SED nun verstärkt zum „Sturz“ der Bonner Regierung aufzurufen. „Einheit - Friedensvertrag - weiter agitieren“, notierte Pieck.<sup>12</sup> Dem Vorsitzenden der italienischen Sozialisten Pietro Nenni gegenüber vertrat Stalin am 17. Juli die Ansicht, „er gehe nunmehr davon aus, dass die Teilung Deutschlands noch etliche Zeit andauern wird.“ Der italienische Sozialistenführer gewann bei dem Gespräch den Eindruck, dass er „die Hoffnung auf eine erfolgreiche Viermächtekonferenz, auf der Deutschland durch ein Übereinkommen geeint werde, abgeschrieben habe.“<sup>13</sup>

Die Westeinbindung der Bundesrepublik beinhaltete den Aufbau westdeutscher Streitkräfte. In der Logik der Blockkonfrontation des Kalten Krieges zog Stalin die Konsequenz für die DDR. „Als Pieck am 1. April vorsichtig „Schritte zur Bildung der Volksarmee statt Polizei“ ansprach (...), ordnete Stalin gleich eine umfassende Bewaffnung an: „Nicht Schritte, sondern sofort“. Sodann entwickelte er auch schon Einzelheiten: „9-10 Armeekorps - 30 Divis(ionen) - 300000 (Mann)/Ausbildung in SU/Jugenddienst“ usw. Als Begründung für diese Eile gab er an, die „Demarkationslinie“ sei eine „gefährliche Grenze“: „Wir müssen mit terroristischen Akten rechnen“. ... Wichtiger noch für die weitere Entwicklung wurde, dass Stalin, als Pieck von „steigende(n) Aktivitäten des Feindes“ berichtete und dabei insbesondere „Großbauern“ und „Kirche“ erwähnte, den Rat gab, um (die) Großbauern einzukreisen (...) auch Produktiv-Genossenschaften im Dorfe „zu schaffen, und im Zusammenhang mit diesen „Kolchosen“ zum ersten Mal „vom Weg zum Sozialismus“ sprach.“<sup>14</sup>

Erst nach Öffnung der Archive der SED wurde der Brief bekannt, den das Politbüro am 2. Juli 1952 an J.W. Stalin richtete und mit dem seine Erlaubnis eingeholt wurde, auf der II. Parteikonferenz den Aufbau des Sozialismus zu verkünden. Es sind drei Fragen, die ihm vorgelegt werden. 1. Die Einschätzung der Entwicklung der SED, 2. der Charakter der „Adenauer-Regierung“ und 3. „Welches Entwicklungsstadium haben wir in der DDR erreicht?“<sup>15</sup> Angesichts der offenen deutschen Frage war es für die SED zwingend, Gewissheit darüber zu bekommen, ob sie Planungssicherheit für ihr Sozialismusprojekt erhält. Grundlegende Voraussetzung hierfür war, ob die KPdSU der SED den Rang einer kommunistischen Partei zubilligte, die in der Lage war, die DDR als sozialistischen Staat zu führen.

Mit der Frage nach der politischen Ordnung der Bundesrepublik wird auch der provisorische Charakter der beiden deutschen Staaten mit Blick auf die Interessenlage der sowjetischen Deutschlandpolitik thematisiert. Die „Adenauer-Regierung“ wird von der SED als eine „Vasallenregierung der USA“ charakterisiert, und es wird behauptet, erst die Entwicklung der DDR zur Volksdemokratie werde eine mobilisierende Wirkung auf die Arbeiterklasse in Westdeutschland haben. Die Voraussetzung hierfür war der Aufbau des Sozialismus in der DDR und seine „Sicherung“. Allein dieser Schritt schaffte erst die Voraussetzungen für den Sturz der „Adenauer-Regierung“, den die SED propagierte. Die SED warf den „amerikanischen Imperialisten“ vor, einen neuen Weltkrieg vorzubereiten und entfesseln zu wollen und erklärte: „Der Sturz des Bonner Vasallen-Regimes ist die Voraussetzung für die Wiederher-

12 Wilfried Loth, *Stalins ungeliebtes Kind. Warum Moskau die DDR nicht wollte*, Berlin 1994, S. 185; vgl. auch Rolf Steininger, 17. Juni 1953. Der Anfang vom langen Ende der DDR, München 2003, S. 29 und 33.

13 Loth, *Kind*, S. 186.

14 Loth, *Kind*, S. 186 f. Zum Komplex sowjetische Deutschlandpolitik und Remilitarisierung der DDR vgl. Wettig, *Bereitschaft*.

15 Brief des Politbüros an J.W. Stalin, in: Günter Benser, *Als der Aufbau des Sozialismus verkündet wurde*, Berlin 2002, S. 57.

stellung der Einheit Deutschlands.“<sup>16</sup> Erst durch diesen Schritt, erklärt Ulbricht den Delegierten der II. Parteikonferenz, könne das Ergebnis des Deutschlandvertrages revidiert und die „Eingliederung Westdeutschlands in den aggressiven Nordatlantikblock“<sup>17</sup> verhindert werden. Aber es folgt die nüchterne Feststellung: „Die patriotische Bewegung und die Arbeiterklasse Westdeutschlands haben noch nicht die Kraft, die Unterzeichnung des Bonner Separatpakt zu verhindern.“<sup>18</sup> Angesichts dieser Lage mussten nun die Erfolge der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung, die mit Hilfe der Sowjetunion in der DDR erzielt wurden, befestigt werden durch den Beschluss, „dass in der DDR der Sozialismus planmäßig aufgebaut wird.“<sup>19</sup> Die Eigenständigkeit gewann Ulbricht nur, wenn er die Interessenidentität mit der sowjetischen Deutschlandpolitik wahrte. So findet sich in seinem Referat auch die Prognose über die Wirkung, die diese große Vision der SED in Westdeutschland auslösen wird: „Die zentrale Frage ist und bleibt die nationale Frage, die einen tiefen Sozialinhalt hat. Der Aufbau des Sozialismus in der DDR und in Berlin kann sich auf den Kampf um ein einiges, demokratisches, friedliebendes und unabhängiges Deutschland nur günstig auswirken. Wir halten nach wie vor an unseren Vorschlägen zur Herbeiführung eines Friedensvertrages und der Einheit Deutschlands fest. Die Frage, welche gesellschaftliche Ordnung nach der Vereinigung in ganz Deutschland errichtet werden soll, wird vom gesamten deutschen Volk ohne irgendwelche ausländische Einmischung entschieden werden.“<sup>20</sup> Ein knappes Jahr später wurde nach dem Tod Stalins in Moskau eine Zwischenbilanz dieses sozialistischen Aufbaus in der DDR gezogen und der SED ein Kurswechsel verordnet.

### **Der „Neue Kurs“ und die sowjetische Deutschlandpolitik**

Am 2. Juni 1953 war eine Delegation des SED-Politbüros nach Moskau bestellt worden. Sie bestand aus dem Generalsekretär Walter Ulbricht, dem Ministerpräsidenten Otto Grotewohl und dem für Propaganda verantwortlichen Politbüromitglied Fred Oelßner. Sie erschienen zum Befehlsempfang. Die sowjetische „kollektive Führung“ hatte nach dem Tod Stalins beschlossen, durch einen „neuen Kurs“ den Aufbau des Sozialismus in der DDR zu korrigieren.<sup>21</sup>

In Moskau wurde die SED-Delegation damit konfrontiert, die Orientierung auf den „beschleunigten Aufbau des Sozialismus“ sei falsch gewesen, da in der DDR die Voraussetzungen dafür fehlten.

Nach Rückkehr der SED-Delegation nach Berlin blieb dem SED-Politbüro knapp eine Woche, um die sowjetischen Vorgaben in Beschlüsse umzuwandeln. In der Sitzung am 6. Juni 1953 kam es zur offenen und damit kontroversen Aussprache im Politbüro der SED. Rudolf Herrnstadt ging als einziger Redner in seiner Analyse von der sowjetischen Position in der Deutschlandfrage aus. Er tat das, indem er die unterschiedlichen Ausgangspunkte des Beschlusses der KPdSU zum Neuen Kurs im Mai 1953 und dem der II. Parteikonferenz der SED im Juli 1952 miteinander verglich.

---

16 Benser, Aufbau, S. 71.

17 Walter Ulbricht, Die gegenwärtige Lage und die neuen Aufgaben der SED, in: Protokoll der Verhandlungen der II. Parteikonferenz der SED, 9.-12. Juni 1952, Berlin (Ost) 1952, S. 36.

18 Protokoll II. Parteikonferenz, S. 37.

19 Protokoll II. Parteikonferenz, S. 58.

20 Protokoll II. Parteikonferenz, S. 61 f.

21 Vgl. hierzu: Manfred Wilke/Tobias Voigt, „Neuer Kurs“ und 17. Juni - Die 2. Staatsgründung der DDR 1953, in: Andreas B. Hegedüs/Manfred Wilke (Hrsg.), Satelliten nach Stalins Tod, Berlin 2000, S. 24ff.

Die neue Linie aus Moskau, die der SED aufgab, die Lebensverhältnisse in der DDR zu verbessern, um die sowjetischen Ausgangspositionen im Kampf um den Abschluss eines Friedensvertrages mit Deutschland zu verbessern, dienten dem Redner als Maßstab, die Folgen der bisherigen Politik zu bewerten. „Wir können nicht behaupten, dass wir von diesem Ausgangspunkt ausgegangen wären, obwohl wir es den Worten nach taten. Sonst wäre es nicht möglich gewesen, dass wir uns mit 450.000 Republikflüchtlingen abfinden konnten, die 450.000 Propagandisten gegen uns drüben sind.“<sup>22</sup>

Herrnstadt hielt den Ausgangspunkt des Grundsatzbeschlusses von 1952 für „irreal“, der etwa so aussah: „Wir bauen den Sozialismus auf, die Deutschlandfrage regelt sich inzwischen auf irgend eine Weise allein, oder wenn sie das nicht tut, wird sie letzten Endes von den Bajonetten der Sowjetarmee geregelt.“<sup>23</sup> Aber der Redner beließ es nicht bei dieser Diagnose, er versuchte die mit dem neuen Kurs gesetzte Zäsur für die zukünftige Politik der SED genauer zu erfassen und dabei erinnerte er sich und seine Zuhörer daran, dass die beschleunigte Aufrüstung, die Stalin der DDR verordnete, auch Ausdruck der Sorge war, in Europa könnte es wie in Korea ebenfalls zu einem Krieg kommen:

„Als im vergangenen Sommer auf der II. Parteikonferenz die Losung „beschleunigter Aufbau des Sozialismus“ verkündet wurde, war ich begeistert, aber ich erinnerte mich, dass eine Erwägung mir sehr zu denken gab. Wenn sich die Genossen in Moskau - sagte ich mir damals - entschieden haben, diesem Schritt zuzustimmen, so bedeutet das, dass nach ihrer Auffassung die Perspektive „friedliche Einigung“ in den Hintergrund zu treten hat gegenüber der Perspektive der bewaffneten Auseinandersetzung. Ihr Einverständnis für diese Losung bedeutet also gleichzeitig ein äußerst negatives Urteil über die Arbeit der KPD und der SED hinsichtlich der entscheidenden Frage, der Deutschlandfrage; es bedeutet die Feststellung, dass die KPD und die SED nicht imstande gewesen sind, in der historisch zur Verfügung stehenden, nun im Wesentlichen abgelaufenen Frist, das Kräfteverhältnis in Deutschland zu unseren Gunsten zu ändern.“<sup>24</sup> Mit diesen Ausführungen konstatiert Herrnstadt die Niederlage der sowjetischen und deutschen Kommunisten in ihrer Deutschlandpolitik nach 1945, an deren Formulierung er 1944 in Moskau mitwirkte. Damals bekamen KPD-Kader im Moskauer Exil den Auftrag, die Frage zu beantworten, wohin Deutschland nach Hitler gehen werde. Wilhelm Florin eröffnete am 6. März 1944 die Beratungen dieser Arbeitsgruppe mit einem Referat zur nationalen Frage aus der Sicht der KPD im Nachkriegsdeutschland. Ziel der künftigen Politik der KPD müsse es sein, England und die Vereinigten Staaten zu hindern, „Deutschland unter ihre imperialistische Kontrolle (zu)bringen. Sie werden dabei von gewissen Liberalen unterstützt, die sagen: Schaffen wir einen Westplan, der anziehender sein muss als der Ostplan der Sowjetunion... Wir stellen nicht die Frage so: Ost- oder Westorientierung, wir sagen: Frieden und Freundschaft mit allen Nachbarn und besondere Freundschaft mit der Sowjetunion. Wir müssen uns heute schon darauf einstellen, dass das Problem „enge Freundschaft mit der Sowjetunion morgen“ noch viel mehr ein Problem der Lebensexistenz des deutschen Volkes und Deutschlands ist und dass das noch viel schärfer als

---

22 Elke Scherstjanoi, „Wollen wir den Sozialismus?“, Dokumente aus der Sitzung des Politbüros der ZK der SED am 6. Juni 1953, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Heft 5, 33. Jahrgang, Hamburg 1991, S. 671.

23 Scherstjanoi, Sozialismus.

24 Scherstjanoi, Sozialismus, S. 673.

Scheidelinie zwischen Reaktion und Fortschritt hervortritt als heute.“<sup>25</sup> Der Chefredakteur des „Neuen Deutschland“ zog also einen negativen Schlussstrich unter die historische Frist, die der KPD zur Verfügung stand, um diese Aufgabe im Nachkriegsdeutschland zu lösen. Diese Perspektive aufgegeben zu haben, darin sah er den eigentlich irrealen und metaphysischen Ausgangspunkt für den Beschluss der II. Parteikonferenz. Diese Einschätzung über den historischen Charakter des Neuen Kurses, den die KPdSU der SED verordnete, beinhaltete als eine mögliche Schlussfolgerung, dass der Sozialismus in der DDR und damit der Separatstaat der SED aufgegeben werden muss, falls die Sowjetunion die internationalen Verhandlungen zur Lösung der deutschen Frage mit den Westalliierten wieder aufnimmt.

Als nach dem 17. Juni Sündenböcke in der Führung der SED gesucht werden mussten, und Ulbricht sie in dem Minister für Staatssicherheit, Wilhelm Zaisser, und Rudolf Herrnstadt fand, war diese mögliche Konsequenz des Neuen Kurses einer von Ulbrichts Anklagepunkten: „Ein Genosse hat hier die sehr ernste Frage gestellt, ob es einen Zusammenhang der Fraktionsarbeit Herrnstadt/Zaiser mit dem Fall Berija gibt? Ein Genosse Minister hat hier erklärt, dass Zaisser ihm gesagt habe, die neue Linie bestehe in der Nachgiebigkeit gegenüber dem Westen und könne zur Wiedererlangung der Herrschaft der Bourgeoisie führen. Dieser Standpunkt entspricht der politischen Position Berijas, die wiederum mit der Konzeption Churchills im Zusammenhang steht.“<sup>26</sup>

### **Nach der Volkserhebung: Ulbricht erkennt seine Chance**

Zehn Tage nachdem Herrnstadt im Politbüro die Niederlage der kommunistischen Politik bei der Lösung der nationalen Frage in Deutschland konstatierte, befand erstmals das Staatsvolk der DDR über die Legitimation dieses Teilstaates. Am 17. Juni kam es in über 700 Orten der DDR zu Streiks und Demonstrationen, an denen sich mehrere 100.000 Menschen beteiligten. Die Volksbewegung wollte spontan das Ende der SED-Diktatur und die einige demokratische Republik der Deutschen. Rücktritt der Regierung, freie Wahlen und Fall der Zonengrenzen waren Forderungen, die dieses Ziel zum Ausdruck brachten. In 13 Bezirks- und 51 Kreisstädten verkündeten die sowjetischen Kommandanturen den Ausnahmezustand. Nichts konnte deutlicher die Abhängigkeit der deutschen Kommunisten und ihren Status einer Satellitenregierung bloßstellen als die „fürsorgliche“ Internierung des SED-Politbüros in Berlin-Karlshorst, die der Hohe Kommissar der Sowjetunion am 17. Juni morgens verfügte. Erst nachdem die sowjetische Armee „Ruhe und Ordnung“ in der DDR wiederhergestellt hatte, übernahm die SED wieder die Regierungsgeschäfte - allerdings in einer gründlich veränderten Konstellation. Die Sowjetunion hatte mit militärischen Mitteln den deutschen Teilstaat in ihrem Imperium gesichert. Nun besaß die SED die notwendige Planungssicherheit für den Aufbau des Sozialismus. Ulbricht verstand, dass die Sowjetunion mit dem Ausnahmezustand in der DDR, der die SED-Herrschaft gesichert hatte, Stalins Erlaubnis für einen eigenständigen sozialistischen Separatstaat bestätigt hatte. Nach dieser massiven Machtdemonstration konnte die DDR nicht einfach preisgegeben werden. Dieses neue Selbstbewusstsein demonstrierte der Generalsekretär bereits am 20. Juni in einer Besprechung in Karlshorst zwischen dem Hohen Kommissar Semjonow, dem Generalstabschef der sowjetischen Armee, Mar-

---

25 Zitiert nach Peter Eler/Horst Laude/Manfred Wilke (Hrsg.), Nach Hitler kommen wir. Dokumente zur Programmatik der Moskauer KPD-Führung 1944 für Nachkriegsdeutschland, Berlin 1994, S. 143f.

26 Aus der Geheimrede Walter Ulbrichts vor dem 15. Plenum (Juli 1953); Rudolf Herrnstadt, Das Herrnstadt-Dokument, hrsg. von Nadja Stulz-Herrnstadt, Reinbek 1990, S. 260.

schall Wassili D. Sokolowski, und vier Spitzenfunktionären der SED. Herrstadt hat als Teilnehmer das neue Selbstbewusstsein Ulbrichts festgehalten, als Semjonow seine deutschen Gesprächspartner fragte, ob ihr Platz jetzt nicht besser in den Betrieben sei, wie dies in der Sowjetunion Lenin und Stalin in Krisenzeiten immer getan hätten, um von dort das Land zu führen, erwiderte Ulbricht „grob, aber der Sache nach völlig richtig: „Sie haben uns ja selber verboten, in die Betriebe zu gehen!“ Semjonow erwiderte gekränkt: „So darf man nicht argumentieren, Gen(osse) Ulbricht. Das wissen Sie selbst. Mein Verbot bezog sich auf den 17.“ Marschall Sokolowski wollte unsere Lage erleichtern, verschlimmerte sie aber. Er sagte sanft (w.): „Die deutschen Genossen sind wahrscheinlich etwas erschrocken durch die Plötzlichkeit der ganzen Sache“. Mit Bezug darauf sagte Ulbricht, als wir weggingen: „Jetzt sollen sie mir noch einmal kommen mit Vorschriften über *mein* Verhalten! Jetzt mache *ich* das, was ich für richtig halte!“ Wir waren in der Erbitterung alle mit ihm einig.“<sup>27</sup>

### Die Aufwertung der DDR als Staat

„Deutsche Geschichte nach 1945 ist zuallererst die Geschichte der Teilung Deutschlands in zwei Staaten mit unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen. Diese Teilung ist ein Stück Kalter Krieg, ein seit 1945 langsam fortschreitender, vielschichtiger Prozess gewesen“.<sup>28</sup> Die Knotenpunkte dieser Teilung sind die in Potsdam 1945 zwischen den drei Hauptsiegermächten vereinbarten Außenministerkonferenzen zur Lösung der Deutschlandfrage. Die gescheiterte Konferenz in London Ende 1947 löste die Konstituierungsphase beider Staaten aus, die 1949 gegründet wurden. Der Deutschlandvertrag der Bundesrepublik mit den drei westlichen Mächten hatte 1952 die Stalin-Note zur Folge, mit der die Sowjetunion einen souveränen, in die NATO integrierten Weststaat verhindern wollte, und nach Ablehnung dieses Angebots durfte sich Ulbricht als „Baumeister des Sozialismus“ in der DDR betätigen. Alle vier Mächte hielten an diesem 1945 in Potsdam beschlossenen Weg gemeinsamer Außenministerkonferenzen hinsichtlich der Deutschlandfrage fest. Der Tod Stalins und der Amtsantritt des neuen amerikanischen Präsidenten Dwight D. Eisenhower brachten international neue Bewegung in die deutsche Frage. Eisenhower und der britische Premierminister Winston Churchill kündigten die Vorbereitung eines Gipfeltreffens mit der neuen sowjetischen Führung an. Angesichts dieser außenpolitischen Entwicklung, die die SPD nutzte, um eine Vier-Mächte-Konferenz über Deutschland zu fordern, entschloss sich Adenauer zu einer Regierungserklärung vor dem Bundestag am 10. Juni. Er forderte ebenfalls eine „baldige Viermächte-Konferenz“ und legte ein Fünf-Punkte-Programm vor, dass folgende Schritte vorsah: „Freie Wahlen in ganz Deutschland, Bildung einer gesamtdeutschen Regierung, Abschluss eines frei vereinbarten Friedensvertrages, Regelung der offenen territorialen Fragen und Handlungsfreiheit nach außen“.<sup>29</sup>

Die Volkserhebung in der DDR unterstützte am 17. Juni mit ihren Forderungen nach freien Wahlen, nach Rücktritt der DDR-Regierung und nach der Einheit Deutschlands die Initiativen von SPD und Bundesregierung. In einem Runderlass des Staatssekretärs Walter Hallstein vom 20. Juni wird festgehalten, dass es nun in der westlichen Welt keinen Zweifel mehr geben kann, dass „bei freien Wahlen die Bevölkerung der sowjetisch-besetzten Zone sich für de-

27 Herrstadt-Dokument, S. 87f.

28 Steiniger, Deutsche Geschichte, S. 321.

29 Ulrich Enders/Konrad Reiser, Die Bundesregierung im Wahljahr 1953, in: Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, Band 6, 1953, hrsg. für das Bundesarchiv von Hans Booms, Boppard a. Rhein 1989, S. 55.



mokratische Parteien aussprechen würde“.<sup>30</sup> Nüchtern fährt Hallstein fort: „Der Rückfall der Russen in ein System der nackten Gewaltanwendung muss all denen zu denken geben, die sich in letzter Zeit in Wunschträumen gewiegt haben, dass die Voraussetzungen für eine baldige friedliche Einigung mit Sowjetrußland über die großen schwebenden Fragen Europas und Asiens bereits gegeben sind.“<sup>31</sup> Aber die Bundesrepublik wollte die Volkserhebung nutzen, um die Westmächte zu drängen, eine aktive Politik zur Wiedervereinigung Deutschlands zu betreiben, „wenn die vom Sowjetregime in den letzten Tagen gezeigte Schwäche nicht ungenutzt bleiben soll. Dabei geht die Bundesregierung von der Voraussetzung aus, dass eine endgültige Lösung der deutschen Frage nicht nur dem Sicherheitsbedürfnis Deutschlands, sondern auch dem aller seiner Nachbarn, einschließlich der Sowjetunion, wird Rechnung tragen müssen.“<sup>32</sup> Nach Auffassung der Bundesregierung war die Überwindung des Ost-West-Gegensatzes die Voraussetzung für die Lösung der deutschen Frage. Diese Position vertrat Adenauer auch in der Debatte am 1. Juli 1953 im Bundestag: „Da die Teilung Deutschlands ein Ergebnis des Ost-West-Konfliktes ist, setzt die Wiedervereinigung die Entspannung dieses Konfliktes voraus. Wiedervereinigung und europäisches Zusammenwirken sind notwendige Teile ein- und derselben Politik.“<sup>33</sup> Es gelang, die Interessenidentität zwischen der Bundesregierung und den Westmächten herzustellen. Die westlichen Außenminister formulierten Mitte Juli ein Angebot an die Sowjets, eine Konferenz über die Deutsche Frage abzuhalten. Im Mittelpunkt stand die Forderung nach freien Wahlen in Gesamtdeutschland, die Einberufung einer Nationalversammlung und einer gesamtdeutschen Regierung. Entschieden sich 1952 die Westalliierten in der Ablehnung der Stalin-Note für den Weststaat, so musste nun die Sowjetunion Farbe hinsichtlich der DDR bekennen. Die sowjetische Führung brachte die Stabilisierung der DDR mit ihrer Deutschlandpolitik gegenüber den Westmächten in Einklang. Sie ließ ihre bislang vertretene Position der Einstaatlichkeit Deutschlands in ihrer Antwort auf die Initiative der Westmächte fallen. Nunmehr betonte die Sowjetunion die Notwendigkeit, in die Verhandlungen über einen Friedensvertrag die „bestehenden Regierungen“ beider deutscher Staaten einzubeziehen. Diese Abkopplung eines Friedensvertrages von der staatlichen Einheit bedeutete die Festschreibung der Eigenstaatlichkeit der DDR. Zur Bekräftigung dieser Entscheidung vor der Weltöffentlichkeit empfing die sowjetische Führung vom 20. bis zum 22. August eine Regierungsdelegation der DDR mit allen protokollarischen Ehren in Moskau. Zu den 15 Teilnehmern gehörten nicht nur Grotewohl und Ulbricht, sondern auch die Vorsitzenden des FDGB und der FDJ, Herbert Warnke und Erich Honecker. Der sowjetische Ministerpräsident Georgi M. Malenkow erläuterte der DDR-Delegation am 20. August im Kreml, wie sich seine Regierung eine provisorische gesamtdeutsche Regierung vorstelle, sie sollte „durch die Parlamente der DDR und der Bundesrepublik gebildet werden.“<sup>34</sup> Außenminister Wjatscheslaw W. Molotow teilte mit, dass zum Ende des Jahres „die Entnahmen von Reparationen“ eingestellt würden. Alle 33 sowjetischen Aktiengesellschaften „der Hüttenindustrie, der Chemie und der des Maschinenbaus u.a. die als Reparationszahlung in Eigentum der Sowjetregierung übergegangen waren, ohne Entschädigung ... zu übergeben.“<sup>35</sup> Verteidigungsminister Ni-

---

30 Akten zur auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1953, 2 Bde., Bd. I, hrsg. im Auftrag des Auswärtigen Amtes vom Institut für Zeitgeschichte, München 2001, S. 598.

31 Akten zur auswärtigen Politik 1953, Bd. I, S. 599.

32 Akten zur auswärtigen Politik 1953, Bd. I, S. 599.

33 Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Nr. 122, S. 1034, Bonn, 2. Juli 1953.

34 Protokoll der Eröffnungssitzung vom 20. August 1953 im Kreml, in: Bestand Otto Grotewohl, SAPMO-BArch., NY 4890/471, S. 3.

35 Protokoll Eröffnungssitzung 20.8.1953, S. 4.

kolai A. Bulganin teilte die Absenkung der Besatzungskosten mit. Einen besonders sensiblen Punkt sprach Außenhandelsminister Anastas J. Mikojan an: den Uran-Bergbau in der DDR, der für das sowjetische Atomwaffenprogramm unverzichtbar war. Er wurde in eine deutsch-sowjetische Aktiengesellschaft umgewandelt, da die Wismut „für die Sicherung der Verteidigung nicht nur der Sowjetunion, sondern auch für die DDR“<sup>36</sup> große Bedeutung habe. Mikojan verkündete auch den Umfang der zusätzlichen Lebensmittel- und Rohstofflieferungen an die DDR. Demonstrativ wurden die diplomatischen Missionen in Moskau und Ost-Berlin in Botschaften umgewandelt.

Grotewohl umschrieb in seiner Dankesrede für die Hilfe noch einmal die Tage im Juni, die zweifelnd dieses Hilfsprogramm befördert hatten: „Sie wissen, dass wir eine Periode der politischen und ökonomischen Verhältnisse in der DDR in den letzten Monaten durchgemacht haben, die zweifellos falsch war. Wir haben uns bemüht, aus diesem Kreis herauszukommen, aber es lag vollkommen klar, dass das durch unsere eigenen Kräfte vollkommen unmöglich war.“<sup>37</sup> Die sowjetische Hilfe, so hoffte Grotewohl, „wird bedeuten, dass unser Volk begreifen lernt, eine solche Hilfe können nur wahre Freunde geben“.<sup>38</sup> Ulbricht betonte die deutschlandpolitische Bedeutung der sowjetischen Antwortnote an die Westmächte vom 15. August 1953 und das wirtschaftliche Hilfsprogramm für die DDR. Beides versetze die SED in die Lage, „auch in Westdeutschland wirklich vorzustoßen und aus der Defensive herauszukommen. Die westdeutschen amerikanischen und Bonner Banditen haben es fertig gebracht, eine illegale faschistische Organisation in der DDR zu organisieren; aber jetzt werden wir in der Lage sein, eine breite Bewegung für die Einheit Deutschlands zu entfalten.“<sup>39</sup> Die „äußere Staatsgründung“ der DDR nahm der sowjetische Ministerpräsident Malenkow in der Unterstreichung der gesamtdeutschen Mission der DDR vor: „Die DDR ist eine Bastion und ein Staat des ganzen deutschen Volkes. Eine große Verantwortung für die Zukunft Deutschlands liegt auf der DDR. Sie ist geboren, um ein neues, großes, friedliebendes Deutschland zu schaffen, um den Frieden und die Sicherheit in Europa und in der ganzen Welt zu sichern.“<sup>40</sup> Auffällig ist, dass Ulbricht genau darauf achtet, in seiner Rede die eigenen Positionen sorgfältig mit denen seiner sowjetischen Vorredner in Übereinstimmung zu bringen. Das galt für die Stärkung der DDR ebenso wie für die „Liquidierung der westdeutschen „Agenten-Zentren“ in der DDR“<sup>41</sup> und die Verpflichtung zur deutschlandpolitischen Initiative für den Abschluss eines Friedensvertrages.

### **Stalins „Verdienst“**

In den nachfolgenden Jahrzehnten bis 1989 arbeiteten die Parteihistoriker der SED ebenso wie die westdeutsche DDR-Forschung unermüdlich daran, die Zäsur der II. Parteikonferenz dem DDR-Staatsmann Ulbricht zuzuordnen. Dabei wurde eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Ulbrichtsche Staatskunst in den Hintergrund gedrängt: die Anweisung Stalins, die „Staatsgrenze West“ der DDR zu befestigen. Roman Grafe hat in seiner Chronik über

---

36 Protokoll Eröffnungssitzung 20.8.1953, S. 9.

37 Protokoll Eröffnungssitzung 20.8.1953, S. 11.

38 Protokoll Eröffnungssitzung 20.8.1953, S. 11.

39 Protokoll Eröffnungssitzung 20.8.1953, S. 14.

40 Protokoll Eröffnungssitzung 20.8.1953, S. 16.

41 Vgl. Karl-Wilhelm Fricke/Roger Engelmann, „Konzentrierte Schläge“, Staatssicherheitsaktionen und politische Prozesse in der DDR 1953-1956, Berlin 1998.

die „Grenze durch Deutschland“ den Weg zur Umsetzung der Weisung der sowjetischen Kontrollkommission an das ZK der SED von Anfang Mai 1952 am Beispiel der Thüringischen Stadt Probstzella dokumentiert. Hierzu gehörte auch die „Aktion Ungeziefer“, durch die ca. 11.000 als unzuverlässig eingestufte Menschen aus dem Sperrgürtel an der Grenze ausgesiedelt wurden. Im Zeugnis von Klara Gerold wurde einer der wichtigsten Rohstoffe festgehalten, über den der Baumeister Ulbricht verfügte - die Angst: „Als in Probstzella die Sperrzone eingerichtet wurde, gab es keinen öffentlichen Protest. Die Leute waren dagegen, aber still und immer mehr still... So ein Abstumpfen und schließlich Ergeben. Das war diese Angst von oben und von unten, dass das hier so laufen konnte. Die Angst war das Bestimmende. Das könnte ja jemand sein, der einen verrät...“<sup>42</sup>

Bleibt noch an die entscheidende Instanz zu erinnern, die bis 1953 über die deutschlandpolitischen Positionen der SED bestimmte. Zu den vielen Versprechungen, die die SED brach, gehörte auch das Gelöbnis gegenüber der KpdSU, „der siegreichen Lehre J.W. Stalins stets die Treue (zu) wahren.“<sup>43</sup> Bereits drei Jahre später, nach dem XX. Parteitag der KPdSU, erklärte Ulbricht, „Stalin war kein Klassiker“, nach dem XXII. Parteitag der KPdSU 1961 wurde sein Denkmal in Ost-Berlin über Nacht abgerissen und Stalin-Stadt in „Eisenhüttenstadt“ umbenannt. Sein Name wurde aus den Geschichtsbüchern weitgehend getilgt. Schließlich brach die SED-PDS auf ihrem außerordentlichen Parteitag im Dezember 1989 unwiderruflich mit dem „Stalinismus“. 50 Jahre nach dem 17. Juni 1953 ist es geboten, an Stalins Rolle bei dem Schritt der SED zu erinnern, 1952 in der DDR die Grundlagen des Sozialismus aufbauen zu wollen.

---

42 Roman Grafe, Die Grenze durch Deutschland, Eine Chronik von 1945-1990, Berlin 2002, S. 47.

43 Trauersitzung des Zentralkomitees, in: Dokumente der SED, Bd. IV, S. 298.